



SPD Landesverband Baden - Württemberg
Gesprächskreis Christen/innen und SPD

Gerechtigkeit und Barmherzigkeit

**Anstöße und Materialien
für eine zukunftsfähige sozialdemokratische Sozialpolitik**

Zukunftsfähige sozialdemokratische Sozialpolitik

- muss alle Menschen einbeziehen, soziale Verbundenheit schaffen und „Vergemeinschaftung“ fördern,
- baut auf sozialstaatliche Leistungen und auf eine lebendige Zivilgesellschaft. Nur so können Gerechtigkeit und Barmherzigkeit (Solidarität) wirksam werden,
- wirkt im kommunalen Sozialraum am effektivsten.

Wir sind überzeugt

Die SPD muss ihren sozialpolitischen Kurs neu justieren.

Das jetzige Sozialsystem kann nicht einfach fortgeschrieben werden. Es zeigt sich, dass auf dem gewohnten Weg die Zahl der Verlierer ansteigt und sich die Gesellschaft spaltet. „Außerdem führt das herkömmliche Konzept der sozialen Sicherheit zu ständig steigendem Finanzbedarf, der ohne erhebliches Wirtschaftswachstum schwer oder gar nicht gedeckt werden kann. Wenn wir uns von dem verhängnisvollen Wachstumszwang befreien wollen, müssen wir die sozialpolitische Strategie grundlegend verändern...“ (aus: „An den Grenzen des Wachstums – neuer Fortschritt ist möglich“, Kommission Grundwerte beim Parteivorstand, Dez. 2010, Seite 26).

Uns ist bewusst, dass sich Gerechtigkeit nicht nur national* definieren lässt, beschränken uns aber in diesem Papier auf Deutschland, um umsetzbare Handlungsschritte aufzeigen zu können.

**Der Gesprächskreis wird sich demnächst mit dem Thema weltweiter Gerechtigkeit befassen*

Auf dem Weg zu einer Kultur des Mitleidens und Mitgestaltens

„Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens“ (Godesberger Programm der SPD, 1959).

„Für J.F. Kennedy und seinen Bruder Robert gab es ein Schlüsselwort, in dem sich ihre politische Leidenschaft sammelte (...). Dieses Wort heißt ‚Compassion‘: Die Übersetzung ist nicht einfach ‚Mitleid‘, sondern die richtige Übersetzung ist die Bereitschaft mitzuleiden, die Fähigkeit, barmherzig zu sein, ein Herz für den anderen zu haben. Liebe Freunde, ich sage es ihnen und ich sage es den Bürgerinnen und Bürgern unseres Volkes, habt doch den Mut zu dieser Art Mitleid! Habt den Mut zur Barmherzigkeit! Habt den Mut zum Nächsten! Besinnt euch auf diese so oft verschütteten Werte! Findet zu euch selbst!“ (Willy Brandt, 1972 auf einem Parteitag).

Gerechtigkeit ist mehr als „Fairness“

Diese Zitate aus der Geschichte der Sozialdemokratie bleiben gültig. Sie bezeichnen treffend die veränderten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen, sogar die globalen Rahmenbedingungen von heute. Im Zentrum steht nach wie vor das Spannungsverhältnis beim Ringen um die wahren Grundwerte. „Gerechtigkeit“ hat es nicht verdient, als verstaubter Begriff aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in die Mottenkiste gepackt zu werden. Noch taugt der Versuch, „Gerechtigkeit“ durch den aus dem angelsächsischen Gesellschaftsverständnis stammenden Begriff „Fairness“ oder durch „Chancengerechtigkeit“ zu ersetzen. Das führt in die Irre.

Streben nach Gerechtigkeit als Prozess

Geschichte, Philosophie und Theologie sind durchzogen von der Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Das Streben danach treibt die Menschheit um. Das gilt für die Propheten des Alten Testaments, für Jesus in der Bergpredigt wie für die griechischen Philosophen und reicht bis hin zur Sozialdemokratie und den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) der Gegenwart. Ringen um Gerechtigkeit ist ein ständiger Prozess, eine bleibend dringliche Aufgabe.

Gerechtigkeit und Barmherzigkeit in der Sozialpolitik

Theologische Aspekte

„Die Welt ist voller Ungerechtigkeit“. Schon seit Menschengedenken erleben und empfinden wir das so. Selbst wichtige biblische Erzählungen scheinen von Ungerechtigkeit geprägt zu sein: Warum nimmt Gott das Opfer von Abel an und das von Kain nicht? Neid, Hass, Totschlag sind die Folge. Ungerechtigkeiten erleben wir überall in unserer Gesellschaft, zwischen Völkern. Wir leiden darunter und sehnen uns nach Gerechtigkeit. Diese Sehnsucht und die Hoffnung auf gerechte Zustände, auf gerechtes Leben, auf unbeschädigtes, heiles Miteinander, beflügelt unseren Willen und die Fähigkeit, gerechte Zustände zu gestalten. Dazu braucht man Vorstellungen und Visionen einer gerechten Gesellschaft.

- Die Gerechtigkeit, die sich wie ein roter Faden durch die ganze Bibel zieht, bezeichnet im wahren Sinn ein Aufrichten von Gedeimühten, ein Zum-Recht-verhelfen mit Barmherzigkeit. Oft werden Barmherzigkeit und Gerechtigkeit als Wortpaar benutzt. Es geht dabei überhaupt nicht - wie oft heute verstanden - um eine herablassende Barmherzigkeit im Sinne eines Almosen-Gebens, sondern um aufrichtende, helfende, Heil schaffende Zuwendung. **Barmherziges Handeln nimmt die Notsituation des andern Menschen wahr und führt zur Wiederherstellung seiner Teilhabemöglichkeiten in der Gemeinschaft. Barmherzigkeit ist menschliche Nähe**

In jedem Menschen, auch im Schwachen, im Hilfsbedürftigen, auch in dem, der nach äußeren Kriterien nicht mehr viel beitragen kann, liegen Potentiale der Liebe, der Beziehungsgestaltung, der Anerkennung, der Wertschätzung. Heutige Menschenbilder setzen andere Maßstäbe. Heute gelten ganz andere Kriterien: Erfolg, Leistungsfähigkeit, Perfektion, Effizienz. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen von Versagensängsten geplagt und an den gesellschaftlichen den Rand gedrängt werden.

Wenn einzelne Menschen oder Gruppen vernachlässigt, ausgeschlossen oder unterdrückt werden, wird nicht nur das Gemeinwesen geschädigt, sondern auch seine individuellen Mitglieder, also wir alle selbst. Politik und gesellschaftliche Kräfte sind heute in der Regel damit beschäftigt, Risse zu flicken, damit das Ganze nicht auseinander bricht. Nachhaltig wäre, für Balance zwischen den widerstreitenden und auseinanderstrebenden Kräften zu sorgen.

Gemessen am biblischen Menschenbild, am biblischen Verständnis von Menschenwürde, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit kann es deshalb im Sozialstaat nicht nur um Verteilungsgerechtigkeit gehen, nicht nur um Versorgung der Hilfebedürftigen. Die Fixierung auf das Problem der Verteilungsgerechtigkeit fördert überzogene Erwartungen an eine immer weiter zunehmende Verteilung von Geld ohne menschliche Nähe.

Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit

Leitlinien für eine mittel- und langfristige sozialdemokratische Sozialpolitik

Was bedeutet Gerechtigkeit als Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit nach christlichem Verständnis?

1. Gerechtigkeit hat die Aufgabe, Benachteiligte in eine Ausgangsposition zu bringen, die es ihnen möglich macht, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.
2. Gerechtigkeit zielt stark auf Gemeinwohlerechtigkeit.
3. Zielpunkt des gerechten Handelns ist nicht die Gleichheit der Lebensbedingungen, sondern die eigenverantwortliche Teilhabe.
4. Eine verantwortliche Gesellschaftsgestaltung im Sinne von Gerechtigkeit ist nicht nur an gegenwärtiger, sondern auch an zukünftiger Teilhaberechtigkeit interessiert. Gerechtes Handeln verbindet wirtschaftliche und ökologische und soziale Nachhaltigkeit.
5. Der christliche Gerechtigkeitsbegriff als reine „Formsache“, wäre unvollständig. Die individuelle Motivation, sich für gerechte Strukturen einzusetzen, wurzelt in der Fähigkeit zu **Mitleiden** und Nächstenliebe. **Ohne Gerechtigkeit und Recht führen Barmherzigkeit und Solidarität nicht zu nachhaltigen Ergebnissen. Ohne Barmherzigkeit und Solidarität bleibt Gerechtigkeit abstrakt und leblos.** Erst die Barmherzigkeit führt dazu, die verschiedenen Aspekte der Gerechtigkeit lebensdienlich zusammen zu führen.

Solidarität muss wieder neu angestiftet werden

In diesem Sinne müssen Barmherzigkeit und Solidarität wieder wachsen. **Es geht vor allem darum, Teilhabe für Benachteiligte und Ausgegrenzte in den Beziehungen zwischen Menschen spürbar und erfahrbar zu machen.** Deshalb gehört Sozialpolitik noch konsequenter als bisher auf die kommunale Ebene.

Im Miteinander von Kommunalpolitik, Kirchengemeinden, Vereinen, Unternehmen, Initiativen, Bürger/innen und bezahlten Fachkräften kann Solidarität und somit soziale Gerechtigkeit am effektivsten wachsen. Sozialpolitik muss dies gezielt in Blick nehmen und deutlich mehr Ressourcen sowie verbesserte Strukturen zur Verfügung stellen.

Gerechtigkeit und Barmherzigkeit als ‚ethische Leitplanke‘

Nach unserem Menschenbild kann Leben nur gelingen, wenn die Voraussetzungen stimmen. Jeder Mensch muss sein Recht auf die Entwicklung grundlegender humaner Fähigkeiten verwirklichen können. Zu einem lebenswerten Leben bedarf es Förderungen, Möglichkeiten und Freiheitsräume.

Zu diesen Fähigkeiten und Möglichkeiten gehören idealtypisch:

- sich und die Welt und damit die eigenen Lebenszusammenhänge verstehen und sich so im Leben orientieren zu können,
- die eigene Persönlichkeit (Selbstbewusstsein, Selbstvertrauen, Selbstachtung) entwickeln und zur Geltung bringen zu können,
- eine sinnvolle und befriedigende Tätigkeit ausüben zu können,
- seine Freiheiten und Rechte wahrnehmen und sich im Falle unzumutbarer Übergriffe anderer mit Hilfe der Rechtsordnung behaupten zu können,
- soziale Zugehörigkeit entwickeln und als geachtete Person Beziehungen zu anderen Menschen pflegen und dabei Achtung und Wertschätzung erfahren zu können,
- an gesellschaftlicher Kommunikation und demokratischer Meinungs- und Willensbildung teilnehmen und teilhaben zu können,
- im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung und humaner Arbeitsbedingungen seine wirtschaftliche Existenz in Eigenverantwortung und aus eigener Kraft sichern, oder, wenn dies dem Einzelnen nach seinem Alter oder wegen körperlicher oder geistig-seelischer Einschränkungen nicht möglich ist, mit Hilfe der Gemeinschaft ein von anderen geachtetes und menschenwürdiges Leben führen zu können.

Aus: Liste der menschlichen Grundfähigkeiten der Sozialphilosophin Martha C. Nussbaum

Es muss in einer Demokratie Ziel sein, dass jeder seine Persönlichkeit entfalten kann. Dazu gehört, Menschen von klein auf zu befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, eigene Präferenzen zu verfolgen, Optionen auszuüben und auch die Verantwortung für ihre Entscheidungen tragen zu können. **Ein demokratischer Sozialstaat muss Menschen zur Eigenverantwortung befähigen.**

Zehn Anstöße für eine sozialdemokratische Sozialpolitik

1. **Sozialdemokratische Sozialpolitik muss alle Menschen einbeziehen**, soziale Verbundenheit schaffen und „Vergemeinschaftung“ fördern (Pierre Rosanvallon STZ. 19.12.11). Die Gemeinschaftsbezogenheit des einzelnen Menschen muss neu in den Blick genommen werden (Menschenbild im Grundgesetz).

Für unsere Politik heißt das:

Dieser Gedanke sollte im Sozialministerium ein neuer Schwerpunkt und durch eine interministerielle Arbeitsgruppe vernetzt werden. Vergemeinschaftung ist mehr als bürgerschaftliches Engagement.

- 2. Im Zentrum sozialdemokratischer Politik muss die Teilhabe stehen:** Jeder Mensch muss seine ihm eigenen humanen Fähigkeiten entwickeln und in die Gesellschaft einbringen können. Das Hauptaugenmerk muss dabei auf die Armen, von Armut und Ausgrenzung bedrohten sowie auf alle Benachteiligten gerichtet sein.

Für unsere Politik heißt das: Teilhabe braucht Organisation

Gesetze und Regelungen sind entsprechend zu überprüfen und neu zu orientieren. Teilhabe entscheidet sich schon im Kindes- und Jugendalter. Deshalb müssen vor allem neue Konzepte in der Früh- und Jugendförderung und präventive familienunterstützende Maßnahmen (eingebunden in kommunale Gemeinschaft) entwickelt und umgesetzt werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass Menschen nicht durch den Kampf um das Lebensnotwendigste gehindert werden, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

- 3. Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips, damit Barmherzigkeit im Sinne aufrichtender, helfender, Heil schaffender menschlicher Zuwendung lebbar wird.**

Ergänzend zu den materiellen Zuwendungen und strukturellen Hilfeformen, die vorwiegend durch Fachkräfte erbracht werden, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das ‚Mitleiden‘, das ‚für andere ein Herz zu haben‘ (Willy Brandt) ermöglichen und fördern. Das setzt voraus, dass Notlagen und Probleme von Menschen für die Gemeinschaft erlebbar sind und nicht in Institutionen und bei Spezialisten ‚versteckt‘ werden.

Wir brauchen eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Bürgergesellschaft. Dem Staat obliegen die Planungsverantwortung und Gewährleistungsverpflichtung. Die Bürgergesellschaft sorgt dafür, dass auf örtlicher Ebene Raum für mitgestaltende bürgerschaftliche Teilhabe vorhanden ist. So könnte mittel- und langfristig der Sozialstaat durch soziale Netzwerke und gemeinwirtschaftliche Strukturen entlastet werden, die als Teil einer autonomen Bürgergesellschaft vielfältige Angebote organisieren. Die Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips, nach dem die Probleme möglichst nah am Menschen gelöst werden, muss wieder das vorrangige Anliegen der Sozialpolitik werden. Das heißt, Sozialpolitik findet vorrangig im kommunalen Sozialraum, im Nahraum beziehungsweise dem ‚Quartier‘ statt.

Für unsere Politik heißt das: Kommunen finanziell und sozialpolitisch stärken

Es braucht eine soziale Strukturpolitik, die die Bürgergesellschaft stärkt und Rahmenbedingungen schafft, damit sich Menschen einzeln oder in Vereinigungen bürgerschaftlich engagieren können. Dies erfordert auch zwingend hauptamtliche (gut bezahlte) Personal-Ressourcen für fachliche und nachhaltige Begleitung. Schon heute gibt es zahlreiche Förderprogramme für am Sozialraum orientierte Sozialarbeit von Bund, Ländern oder Stiftungen zur Ermöglichung regionaler Pilotprojekte in kommunaler Zuständigkeit und Verantwortung. Dilemma dieser Projekte ist, sie enden meist nach der Pilotphase, da keine langfristige Finanzierung gesichert ist. Um ‚Projektruinen‘ zu vermeiden, müssen verlässliche Finanzierungsstrukturen aufgebaut werden, an denen auch die Kostenträger sozialer Arbeit beteiligt werden.

Entscheidend ist, dass die lokalen Akteure (Nachbarschaft, Vereine, Initiativen, Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtspflege, Erwachsenenbildung, Migrantenvereinigungen) Finanzbudgets erhalten, über die sie, bei Beachtung bestimmter Rahmenbedingungen, frei entscheiden können.

- 4. Sozialdemokratische Politik muss den Ausbau der vorsorgenden und die Stabilisierung der nachsorgenden Sozialpolitik leisten (Grundwertepapier Seite 28).**

Bisher liegt der Schwerpunkt auf nachsorgender Sozialpolitik. Der „konsumtive“ Sozialstaat muss sich zum „investiven“ Sozialstaat entwickeln.

Soll eine Verarmung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen verhindert werden, reicht finanzielle Unterstützung allein nicht aus. Vielmehr gehören die Befähigung der Selbsthilfekräfte Einzelner sowie der nachhaltige Ausbau einer entwicklungsfördernden und strukturverändernden sozialkulturellen Infrastruktur dazu. Diese beginnt bei der Frühförderung, geht über Vorschulerziehung, Gemeinschaftsschule und Berufsausbildung bis hin zu Jugendarbeit und Erwachsenenbildung sowie einer Migrationspolitik, die als Querschnittsaufgabe verstanden wird. Ziel ist, von klein auf den Grund zu legen für die Entstehung von Selbstvertrauen als Voraussetzung zur selbst bestimmten und selbst verantworteten Lebensführung und zu solidarischem Umgang mit anderen.

Für unsere Politik heißt das: Gemeindeordnungen ändern

In der Gemeindeordnung muss vorsorgende Sozialpolitik Pflichtaufgabe werden.

Die heutigen sozialen Sicherungssysteme, sind vorwiegend auf nachsorgende Sozialpolitik ausgerichtet. Vorsorgende Sozialpolitik wird meist als ‚Kannleistung‘ gewährt oder projektbezogen kurzfristig finanziert. Dies muss geändert werden. Schritt für Schritt muss der Anteil sozialer Leistungen für vorsorgende Sozialarbeit – vorrangig auf kommunale Ebene – erhöht und langfristig sichergestellt werden.

5. Jeder Mensch sollte sich in der Gemeinschaft als nützlich, wichtig und wertvoll erleben. Er will gefordert werden.

Dies erfordert eine Abkehr vom vorherrschenden individualisierenden Verständnis sozialer Probleme zugunsten einer Berücksichtigung problemträchtiger Lebenslagen und Strukturen (Grundwertepapier S. 27). Deshalb muss Sozialpolitik verstärkt das Miteinander der Menschen und den Erhalt und Aufbau von Gemeinschaften im Nahraum der Menschen fördern sowie solidaritätsschaffende Arrangements anstoßen. Dazu gehört eine gemeinschaftsfördernde städtebauliche Gestaltung der Wohnquartiere, sowie die Unterstützung neuer Formen gemeinschaftlicher Verbindungen. Vorrangige Aufgabe der Kommunen muss sein: Die Vernetzung und Zusammenarbeit aller Anbieter – der staatlichen und kommunalen, der kirchlichen und all der kleinen und größeren Bürgerinitiativen und Stiftungen zu organisieren und effektiv zu gestalten. Dazu gehört auch die Einbeziehung der Hilfebedürftigen, um ihrer Würde willen. Der weit verbreitete Konkurrenzkampf um ‚Kunden‘ muss überwunden werden.

Für unsere Politik heißt das: Eine offene Gesellschaftsdiskussion muss angestoßen werden

Da zukünftig vermehrt Finanzmittel in diese gemeinschaftsfördernden Strukturen und Gruppen fließen müssen, sind finanzielle Umschichtungen im Sozialbereich notwendig. Dies erfordert eine offene Gesellschaftsdiskussion.

Gesellschaftliche Verantwortung kann sich dann am besten entwickeln, wenn für die Bürger/innen ein großer Gestaltungsfreiraum vorhanden ist. Dies erfordert Vertrauen in die Verantwortungsbereitschaft der Bürger/innen. Vorhandene Richtlinien und Regelungen, die Engagement einengen, müssen verändert werden. Neue Förderrichtlinien sollen nur noch den Rahmen abstecken.

6. Lernen durch Engagement für Kinder- und Jugendliche

Schon Kinder und Jugendliche müssen befähigt werden, Verantwortung für ihre Mitmenschen zu übernehmen. Wenn junge Menschen Solidarität erfahren (z.B. durch Patenschaften Erwachsener) oder zum solidarischen Handeln angeleitet werden, wächst die Bereitschaft sich ebenfalls bürgerschaftlich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen (vgl. Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009). Wichtig für späteres Engagement ist, dass junge Menschen spüren: ich bin wichtig, ich werde gebraucht, ich werde in der Politik gehört. Diese Erfahrung machen junge Menschen heute zu wenig.

Für unsere Politik heißt das: Jugend muss in den Blick genommen werden

In den pädagogischen Konzepten für Vorschulerziehung und Schule muss soziales Engagement fest verankert werden. „So wie Lesen, Schreiben und Rechnen gelehrt werden müssen, muss heute Sozialkompetenz unterrichtet werden“ (Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstituts). Deshalb muss praktisches Sozialengagement in den Lehrplan der Ganztageschule fest eingebettet und fachlich aufgewertet werden. Die Lehrerausbildung muss entsprechend erweitert werden. Außerschulische Jugendarbeit muss in die Lage versetzt werden, hierzu einen eigenständigen Beitrag zu leisten.

Projekte Sozialen Lernens müssen finanziert werden und können nicht nebenher realisiert werden. (Projekt der JUGEND SOZIAL STIFTUNG–Zeit für Menschen „Persönlichkeitsentwicklung und Generationendialog: Das Bildungsprojekt Jung und Alt, Febr. 2011).

7. Jede/r Bürger/in hat Recht auf Arbeit, sei es auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in Form von gesellschaftlicher Arbeit.

Diese Form der Teilhabe fördert die Zukunftsorientierung und die Sinnhaftigkeit menschlichen Lebens überhaupt. So lassen sich viele Probleme von vornherein verhindern. Es muss Ziel sein, dass jeder Bürger die Chance hat, mit Erwerbsarbeit den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Da Vollbeschäftigung in Zukunft nicht durchgängig erreichbar sein wird, muss ergänzend zur klassischen Erwerbsarbeit gesellschaftliche Arbeit im Rahmen kommunaler Gemeinwirtschaft treten. Dazu gehört auch Erziehungs- und Pflegearbeit. Diese muss vom Staat an Stelle von Lohnersatzzahlungen finanziert werden. Für Menschen, die auf dem ‚Ersten Arbeitsmarkt‘ nicht bestehen können, muss der ‚Zweite Arbeitsmarkt‘ erhalten und ausgestaltet werden.

Zur Finanzierung dieser gesellschaftlichen Arbeit muss ein neues Finanzierungssystem entwickelt werden, beispielsweise in Form von Bürgerversicherung, Grundeinkommen oder ‚Negativer Einkommenssteuer‘. Oberstes Ziel ist ein Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Für unsere Politik heißt das: Gemeinwirtschaft ausbauen

Dazu gehört Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und die Förderung regionaler Pilotprojekte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Rahmen der Gemeinwirtschaft im Zusammenspiel der Kommunen mit allen gesellschaftlichen Akteuren (mittelständischen Betrieben, Gewerkschaften, sozialen Beschäftigungsunternehmen, Weiterbildungsträger) mit dem Ziel, allen Arbeitssuchenden Arbeit zu ermöglichen.

8. Absicherung von „Lebens-Übergängen“

An dem Leitbild ‚bruchlose‘ (Erwerbs-)Biographien (männliche, lebenslang in Vollzeit beschäftigte Facharbeiter) orientierte sich bislang die Sozialpolitik – und für diese Personengruppe und ihre Familien galt das sozialstaatliche Versprechen der Absicherung des Lebensstandards bei den großen Lebensrisiken Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter oder Tod des Ernährers. Die Menschen werden im Laufe ihres Lebens aber immer mehr mit krisenhaften Veränderungen konfrontiert, die sie zu bewältigen haben. Der Sozialstaat kann zwar nicht gewährleisten, dass diese Übergänge in jedem Fall bruchlos und unproblematisch verlaufen, er kann aber die Sicherheit vermitteln, nicht ‚ins Bodenlose‘ zu fallen. Sozialstaatliche Leistungen müssen stärker als bisher auf die Absicherung solcher Übergänge ausgerichtet sein. Wer auf dem Hochseil balanciert, tut sich leichter, wenn er weiß, dass unter ihm ein Netz gespannt ist.

Die Planbarkeit und Sicherheit in der Lebensgestaltung hat abgenommen. Dies hält auf die Dauer eine Gesellschaft nicht aus. Es führt vor allem bei der jungen Generation zu Unsicherheit und gefährdet das Vertrauen in unseren demokratischen Staat.

Für unsere Politik heißt das: Nicht an falscher Stelle sparen

Um bei krisenhaften „Lebens-Übergängen“ einen sozialen Abstieg zu verhindern, muss gewährleistet sein, dass Betroffene ihr Vermögen bei vorübergehenden Notlagen nicht vorzeitig aufbrauchen müssen. Deshalb müssen zeitlich begrenzte finanzielle und beratend-unterstützende Hilfsangebote entwickelt werden, die es ermöglichen, nach einer krisenhaften Veränderung aus eigener Kraft wieder Fuß zu fassen. Der Planbarkeit und Sicherheit der Lebensgestaltung muss wieder mehr Beachtung geschenkt werden. Es muss überprüft werden, wo mit Gesetzen Lebensrisiken minimiert werden können.

Für einzelne Lebensübergänge müssen fachlich qualifizierte Unterstützungsangebote aufgebaut werden, so z.B. durch Berufshilfen für junge Menschen im Übergang von Schule zu Beruf. Die derzeitigen Angebote werden durch ein falsch verstandenes Konkurrenzsparkonzept der Arbeitsagentur ausgetrocknet und dequalifiziert.

9. Sozialdemokratische Sozialpolitik muss vorrangig die Menschen im Auge haben, die in Armut leben oder davon bedroht sind.

Oberste Priorität hat ein soziokultureller Mindeststandard, der von Existenzängsten befreit und Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglicht. Dabei geht es nicht um ein Existenzminimum als Überlebenshilfe, sondern um die Voraussetzung für ein gelingendes, lebenswertes Leben. Nur so kann die weitere Spaltung der Gesellschaft vermindert und sozialen Unruhen vorgebeugt werden.

Für unsere Politik heißt das: Hartz IV muss auf den Prüfstand

Arbeitslosengeld II und des Sozialgeld müssen daraufhin untersucht werden, inwieweit sie einem soziokulturellen Mindestlebensstandard entsprechen. Auf kommunaler Ebene müssen zusätzlich Möglichkeiten zur Einzelfallhilfe geschaffen werden.

Der öffentlich geförderte Wohnungsbau muss wieder aufgenommen, Möglichkeiten der Selbsthilfe und Eigentumsbildung gefördert werden.

10. Wer für sich selbst sorgen kann, braucht keine Unterstützung vom Staat. Die Starken müssen Verantwortung übernehmen.

Die Option für die Armutsbevölkerung bedeutet umgekehrt, dass Bürger/innen mit einem Einkommen im oberen Drittel mehr Eigenverantwortung übernehmen müssen. Einerseits durch Eigenvorsorge, andererseits durch eine stärkere finanzielle Beteiligung an der Finanzierung des Sozialstaats. Wir brauchen eine im Bewusstsein der Menschen verankerte Steuerethik, für die – ausgehend von der im Grundgesetz verankerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums – selbstverständlich ist, dass starke Schultern mehr zu tragen haben als schwache. Dabei wird es weniger um Steuererhöhung als vielmehr um den Wegfall von Steuerausnahmebeständen, der Beseitigung von Steuerschlupflöchern und den Abbau von Subventionen gehen. Die Besserverdienenden können auf diesem Weg umso überzeugter mitgehen, wenn sie die Gewissheit haben, dass der Staat mit ‚ihrem‘ Geld eine effiziente Gesellschaftspolitik macht.

Für unsere Politik heißt das: Steuergerechtigkeit verbessern

Sämtliche Transferleistungen, Steuervergünstigungen oder direkte Subventionen gehören auf den Prüfstand. Eine Vermögenssteuer ist wieder einzuführen.

Zum „Fordern“ (Eigenverantwortung einfordern) gehört immer auch das „Fördern“ von Eigenverantwortung durch entsprechende Anreize und Hilfestellungen.

Schlussfolgerungen

Die SPD muss auf der Grundlage sozialdemokratischer Grundwerte ihren sozialpolitischen Kurs neu justieren, damit sie langfristig ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit erreichen kann.

Es braucht eine innerparteiliche Grundsatzdiskussion über die Grundlagen eines neuen Gesamtbildes des Sozialstaates.

Zukunftsfähige sozialdemokratische Sozialpolitik

- muss die „Vergemeinschaftung“ der Gesellschaft fördern,
- braucht „Compassion“, damit die Gesellschaft ihr menschliches Gesicht behält,
- wirkt im kommunalen Sozialraum am effektivsten,
- muss die Vorrangigkeit vorsorgender Sozialpolitik auf kommunaler Ebene weiter entwickelt und diese in den Gemeindeordnungen verankern,
- braucht Bürgerengagement mit Vertrauen und Freiraum, keine Überregelungen,
- muss das Miteinander von professioneller Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement auf eine neue partnerschaftliche Basis stellen.

Das herkömmliche Konzept der sozialen Sicherung führt zu ständig steigendem Finanzbedarf, der ohne erhebliches Wirtschaftswachstum schwer oder gar nicht gedeckt werden kann. Wenn wir uns von einer verhängnisvollen Politik, die Wachstum als Hauptziel hat, befreien wollen, müssen wir auch unsere sozialpolitische Strategie grundlegend verändern.

* * *

Als Christen/innen und Sozialdemokraten/innen möchten wir, gemäß dem Motto aus der Bergpredigt „Seid Salz der Erde“ mit diesen Anstößen einen ‚würzenden Beitrag‘, sowohl für die Partei, als auch für die Gesellschaft leisten.

*Gesprächskreis Christinnen und Christen und SPD
Landesverband Baden Württemberg, Januar 2012*

Mitwirkende am Papier: Regionale Gruppen und Mitglieder des Gesprächskreises u.a.
Helmut Beck, Albrecht Bregenzer, Dr. Andreas Grünupp, Bernhard Härer, Otto Haug, Heide Kast, Rolf Lehmann, Dieter Rilling

Eingeflossen sind:

- „Armut lässt sich überwinden – Herausforderung für eine nachhaltige Sozialpolitik“ Fachpolitischer Gesprächskreis Soziales im SPD-Kreisverband Reutlingen 2006
- Das Zusammenspiel von hauptamtlicher Arbeit und Bürgerengagement, Samariterstiftung, Stiftung Liebenau, 2008
- „An den Grenzen des Wachstums – neuer Fortschritt ist möglich“ Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD, 2010
- „Der Traum von einer Bürgergesellschaft – ganzheitliche Verantwortung in einer geschwisterlichen Kultur der Nächsten“ Vortrag Rolf Lehmann, 2011
- Gerechtigkeit – Barmherzigkeit – Achtung der Menschenwürde jedes Einzelnen“ Vortrag Helmut Beck, 2011

Kontaktadresse: Otto Haug, Bellinostraße 30/2, 72764 Reutlingen, E-Mail: otto.haug@web.de